

Ansprache von Piet De Jong auf dem Haager Gipfel (1. Dezember 1969)

Quelle: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. Februar 1970, n° 2. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Urheberrecht: (c) Europäische Union, 1995-2012

URL: http://www.cvce.eu/obj/ansprache_von_piet_de_jong_auf_dem_haager_gipfel_1_dezember_1969-de-457ffbca-2ae4-4786-aea3-f126cc0dc2f1.html

Publication date: 23/10/2012

Ansprache von Piet De Jong (Den Haag, 1. Dezember 1969)

Es ist mir eine Ehre und ein Vergnügen, Sie alle willkommen zu heißen. Ich tue dies zunächst als Ministerpräsident des Landes, das Sie für einige Tage aufnehmen darf. Die Niederlande begrüßen Sie mit um so größerer Freude, als Sie die hohen Vertreter von Ländern sind, mit denen wir uns sowohl politisch, wirtschaftlich und militärisch als auch durch unsere gemeinsame Geschichte und Kultur aufs engste verbunden wissen. Wir sehen in ihrem Aufenthalt hier eine Befestigung unserer dauerhaften gegenseitigen Freundschaft.

Ferner begrüße ich Sie als Vorsitzender dieser Tagung. Mit dem Abhalten dieser Konferenz haben wir eine schwere Bürde auf unsere Schultern genommen. Ein Treffen derer, die in ihrem jeweiligen Land die höchste Verantwortung für die Fragen tragen, mit denen wir uns in den kommenden Tagen beschäftigen müssen, weckt natürlich Erwartungen bei unseren Völkern. Ich möchte erwähnen, daß mich in den vergangenen Tagen und auch noch heute führende Europäer aufgesucht und ich zahlreiche Eingaben und viele Briefe erhalten habe. Sie alle bekundeten die Hoffnung, daß diese Konferenz eine Lösung der Probleme finden möge, mit denen wir heute gegenüberstehen und die bei diesem Treffen zur Sprache kommen werden. Mit dieser Zusammenkunft gehen wir unseren Völkern gegenüber auch eine Verpflichtung ein. Das war auch der Grund, weshalb einige von uns erst nur zögernd den Anstoß unserer französischen Freunde begrüßt haben. Würde diese Konferenz überhaupt Erfolg haben können?, fragten sie sich. Wir haben dieses Zögern überwunden und damit den Glauben daran geschaffen, daß alle Partner bereit sind, einen echten Beitrag zur Lösung unserer Probleme zu leisten. Ich weiß deshalb auch, daß ich im Namen unserer sechs Regierungen spreche, wenn ich die Hoffnung äußere, daß wir die Aufgabe, die wir uns mit dieser Konferenz gestellt haben, zu einem guten Ende bringen mögen.

Die Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften hat uns hier zusammengeführt. Sie ist sicherlich nicht das einzige, was uns verbindet, aber sie ist doch ausschlaggebend für die Zusammensetzung dieser Konferenz. Auch der Themenkreis unserer Erörterung wird durch sie bestimmt. Wir werden als Partner einer Gemeinschaft, die in der engeren Form der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl schon seit 1952 besteht, dem nachgehen müssen, was wir bis jetzt erreicht haben, wo wir geirrt haben und was wir noch tun müssen und können, um unsere Ziele zu verwirklichen. Es wird nicht unsere Aufgabe sein, Entscheidungen zu treffen, die kraft der Verträge den europäischen Organen zustehen. Die Mitgliedstaaten haben jedoch die Pflicht, den Organen die Erfüllung ihrer Aufgabe zu erleichtern (Art. 5 EWGV), während ihnen andererseits auch eigene Aufgaben gestellt sind. Es erscheint sinnvoll, gemeinsam über unsere Vorgehen zu beraten, wozu die Kommission morgen hinzugezogen werden kann.

Ich will nun kurz darauf eingehen, was wir bei dieser Konferenz besprechen müssen.

Die erste Frage, die wir uns als Regierungen stellen müssen, ist meines Erachtens, ob wir uns noch über die Ziele unserer gemeinsamen Aktion einig sind. Ich denke dabei in erster Linie nicht an das Zustandekommen eines Gemeinsamen Marktes oder den Aufbau einer europäischen Kernindustrie für friedliche Zwecke. Ich denke vor allem an die politische Grundlage unseres Werkes. In der Präambel des Montan-Vertrags, in der weithin Äußerungen ihres Begründers, Robert Schuman, anklingen, kommt bereits der Wille der Mitgliedstaaten zum Ausdruck, durch die Errichtung einer wirtschaftlichen Gemeinschaft den ersten Grundstein für eine weitere und vertiefte Gemeinschaft unter den betreffenden Völkern zu legen. Die Montanunion wurde demzufolge als ein Schritt auf dem Wege zu einem vereinten Europa gesehen. Auch die Unterzeichner des EWG-Vertrages sahen die neu zu gründende Gemeinschaft in dieser Weise, als sie in der Präambel den festen Willen bekundeten, „die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen.“

Bevor wir feststellen, ob dieser feste Wille noch besteht, müssen wir uns klar darüber sein, was unter „Europa“ zu verstehen ist und welche europäischen Völker von den sechs Regierungen gemeint waren. Ich meine, daß die Antwort auf diese Frage in einem anderen Abschnitt der Präambel des EWG-Vertrages zu finden ist, in dem die Vertragspartner „die anderen Völker Europas, die sich zu dem gleichen hohen Ziel bekennen, auffordern“, sich ihren Bestrebungen anzuschließen. Das Europa, das den Unterzeichnern vorschwebte, war demnach nicht auf die Sechs beschränkt, sondern würde alle gleichgesinnten und

gleichgerichteten — das heißt in jedem Fall demokratischen — Länder Europas einbeziehen.

Ich möchte als ersten Gesprächspunkt Ihnen allen die Frage stellen, ob wir noch immer den festen Willen haben, dieses Europa, den festen Zusammenschluß der europäischen Völker, zu schaffen. Hierzu dürften wir meines Erachtens nicht nur in dem soeben zitierten Vertragstext, sondern auch in der heutigen Weltlage genug Anlaß finden. Es wird Zeit, daß sich Europa seines verantwortungsvollen Platzes auf vielerlei Gebieten bewußt wird und sich zusammenschließt, um dieser Verantwortung zu genügen. Wenn wir die von mir gestellte Frage bejahen, so hat dies meiner Meinung nach zwei Folgen. Es bedeutet einmal eine günstige Aufnahme des Antrags Großbritanniens, Dänemarks, Norwegens und Irlands zur Eröffnung von Verhandlungen über den Beitritt zur Gemeinschaft. Zum anderen geben wir ein deutliches Zeichen unserer Bereitschaft, die Zusammenarbeit auf der Grundlage der Europäischen Gemeinschaften weiter zu entwickeln und zu verstärken. Beides ist nötig, um den „immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker“ zu schaffen. Für meine Regierung und das ganze niederländische Volk kann ich schon jetzt erklären, daß wir noch immer fest entschlossen sind, diesen Zusammenschluß zustande zu bringen und die von mir erwähnten beiden Folgen zu akzeptieren. Wir sind überzeugt, daß es ohne Ausweitung und ohne Stärkung zu einer zunehmenden Lähmung, ja Schwächung der Europäischen Gemeinschaften kommen wird.

Nun wurde aber bereits die Befürchtung laut, gerade die Erweiterung um neue Mitglieder könne den Schwung der Gemeinschaften abschwächen und ihnen ihr eigenes Gepräge nehmen. Hierüber werden wir wahrscheinlich noch eingehender sprechen müssen, ich darf aber bereits an dieser Stelle hierzu eine Bemerkung machen.

Wie ich zu Beginn sagte, muß sich diese Konferenz neben der Erörterung der Zielsetzungen unseres gemeinsamen Wirkens auch mit dem gegenwärtigen Zustand innerhalb der Gemeinschaften befassen. In diesem Zusammenhang glaube ich schon jetzt darauf hinweisen zu müssen, daß sich bei vielen politischen und sozialen Gruppen in unseren Gemeinschaften ein Gefühl der Enttäuschung und des Mißvergnügens über die jetzige Entwicklung breit macht. Man kann hierauf in zweierlei Weise reagieren. Einmal könnte man sagen, die Ursache liege in den zu hochgespannten Erwartungen, man könnte aber auch zugeben, daß es uns nicht gelungen ist, unsere Aufgabe ganz zu erfüllen. Ich neige zu letzterem. Meines Erachtens bieten die Verträge selbst ausreichende Möglichkeiten, um die Hauptursachen des unbefriedigenden Zustands zum großen Teil aus dem Wege zu räumen. Diese Ursachen sind nach meinem Dafürhalten eine gewisse Unschlüssigkeit und eine gewisse Unausgewogenheit zwischen den einzelnen Teilgebieten der Integration. Verantwortlich hierfür sind in erster Linie die Mitgliedstaaten. Das besagt nicht, daß die Organe der Gemeinschaften keine Fehler machten, aber die Mitgliedstaaten können über ihre Vertreter im Ministerrat eine wesentliche Rolle bei der Ausrichtung der Politik spielen. Dies erfordert aber mehr Übereinstimmung der Zielsetzungen und mehr Entschlossenheit zu ihrer Verwirklichung, als bis heute an den Tag gelegt wurde. Sind erst einmal die Meinungsverschiedenheiten über den Beitritt neuer Mitglieder ausgeräumt, so werden die einheitlichen Zielvorstellungen zweifellos mehr in den Vordergrund treten. Dann können wir uns mit vereinten Kräften der umfangreichen Aufgabe widmen, die auf uns wartet.

Wie erwähnt, würde eine Bejahung unserer politischen Zielsetzungen neben der Erweiterung durch neue Mitglieder auch bedeuten, daß wir uns bereit erklären, die Zusammenarbeit auf der Grundlage der Europäischen Gemeinschaften weiter zu entwickeln und zu verstärken. Die französische Regierung hat hierfür bei ihrem ersten Auftreten die glückliche Formulierung gefunden, sie sei bereit, soweit zu gehen, wie ihre Partner zu gehen wünschten. Nun, ich will für meine Regierung hierauf erwidern und die übrigen Regierungen auffordern, dasselbe zu tun. Die niederländische Regierung ist bereit, mit dem wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas im größeren europäischen Verband sehr weit zu gehen. Sie erachtet dies nicht allein als wirtschaftliche Angelegenheit, sondern als entscheidenden Schritt zur politischen Einigung. Meine Regierung ist bereit, die Integrierung auch auf andere Gebiete auszudehnen. Sie hält es jedoch für notwendig, daß die besondere unabhängige Stellung der europäischen Organe anerkannt und gefestigt wird, was ihrer Meinung nach noch nicht besagt, daß sie für eine stark zentralisierte Politik in Europa einträte. Sie hält es auch für fast ausgeschlossen, daß die Integration viel weiter vorangetrieben wird, wenn keine parlamentarische Kontrolle geschaffen wird. Der Einfluß der Integration auf das gesellschaftliche Leben unserer Völker wird immer stärker. Dies macht es unbedingt notwendig, daß diese Völker auch nach normalen demokratischen Verfahren auf europäischer Ebene Einfluß auf die integrierte Politik nehmen

können.

Abschließend ein kurzes Wort über die Zusammenarbeit in der Außenpolitik. Ich bin mir bewußt, daß hierüber in der Vergangenheit große Meinungsverschiedenheiten zwischen unseren Regierungen bestanden haben. Diese betrafen vor allem die Verknüpfung des soeben angeschnittenen Problems mit dem des Zutritts neuer Mitglieder zu den Gemeinschaften. Es scheint mir daher in erster Linie von den Fortschritten in der Frage des Beitritts abzuhängen, ob wir auch auf dem Gebiet der politischen Zusammenarbeit einen Schritt vorankommen können.

Zusammenfassend möchte ich folgenden Vorschlag machen. Es scheint mir sehr wichtig, daß wir zunächst einmal danach trachten, mehr Klarheit über unsere Zielsetzungen zu erhalten. Hierfür werden wir unseren Standpunkt hinsichtlich der Rolle darlegen müssen, die wir unserem Einigungswerk in Europa und in der Welt beimessen. Dies bedeutet in erster Linie eine Entscheidung über Verhandlungen mit den Beitrittsländern. In diesem Zusammenhang müssen wir auch klarstellen, wie weit wir mit unserem Einigungswerk gehen wollen. Wenn es möglich ist, über beide Punkte zu einer Einigung zu kommen — und hierfür müssen wir alles daransetzen —, wird es viel einfacher sein, eine gemeinsame Haltung zu einer Reihe mehr praktischer Fragen zu gewinnen. Wenn keine grundsätzlichen Hindernisse gegen Verhandlungen mit den Beitrittsländern mehr bestehen, müssen wir den Zeitpunkt bestimmen, zu dem sie eröffnet werden können, und unsere Haltung in den wichtigsten Verhandlungsfragen umreißen. Bezüglich der inneren Entwicklung unserer Gemeinschaften müssen wir bestimmen, was getan werden kann, um nach erreichter Einigung über unser gemeinsames Ziel den Rückstand aufzuholen und baldmöglichst Beschlüsse zu fassen, die zur Vollendung und Erweiterung des Erreichten führen.